

08. März 2024

Protest gegen die derzeitige Besetzung der Jury des Arbeits- und Recherchestipendiums Darstellende Künste/ Tanz 2024

Sehr geehrte Berliner Senatskulturverwaltung,

wir schreiben Ihnen anlässlich der Berufung [REDACTED]s in die Jury für die Vergabe des Arbeits- und Recherchestipendiums Darstellende Künste/ Tanz 2024.

Wir wenden uns gegen diese Berufung, da [REDACTED] in den letzten Wochen mehrmals mit Veröffentlichungen in den sozialen Medien aufgefallen ist, die ihre Unabhängigkeit und Offenheit gegenüber abweichenden Meinungen oder politischen Haltungen in Frage stellen.

Einen Post, den [REDACTED] am 05.01.2024 unter [REDACTED] [1] auf Instagram veröffentlichte, unterstellte den fast 6000 Unterzeichner*innen des Offenen Briefes gegen die sogenannte Anti-Diskriminierungsklausel (<https://openletterberlinculture.net/>) pauschal Israel-Hass und weist auf die Iranische Herkunft einiger Unterzeichner*innen hin. [REDACTED] drohte in dem Post damit, dass zukünftige Jury-Mitglieder sich an diesen unterstellten Israel-Hass erinnern würden. Zum Zeitpunkt dieses Posts war [REDACTED]s Teilnahme an der erwähnten Jury noch nicht bekannt.

Am 04.03.2024 rief [REDACTED] auf dem gleichen Instagram-Account zum Boykott künftiger Veranstaltungen von Musiker*innen und Künstler*innen auf, die an einem Palästina-Benefiz teilnahmen. Die Künstler*innen wurden von Buhre als „krank“ („sick“) stigmatisiert. Wir verurteilen diese Art von Sprache.

Screenshots der betreffenden Posts (wegen ihrer Veröffentlichung als ‚Story‘ mittlerweile nicht mehr abrufbar) finden Sie im Anhang dieser Nachricht.

Ein solch diffamierendes, unprofessionelles und voreingenommenes Handeln ist mit der Teilnahme in einer Fachjury nicht vereinbar. [REDACTED]s Aussagen und Drohungen stehen im Widerspruch zu den Fördergrundsätzen der Senatskulturverwaltung – für chancengleiche Zugänge und gegen Diskriminierung auf Grund „rassistischer“ Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen und

geschlechtlichen Identität, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache sowie des sozialen Status" (Hinweisblatt für eine diversitätskompetente Jury- und Gremienarbeit in der Projekt- und Stipendienförderung. Stand Juni 2021).

Mit ihren Aussagen spricht [REDACTED] den Künstler*innen das Recht auf freie Meinungsäußerung ab. Damit wird jegliche Jury-Entscheidung, an der sie beteiligt ist, als eine politische und als nicht primär künstlerische Entscheidung eingeordnet. Dies kann nicht im Sinne der Senatskulturverwaltung sein. Die Berufung einer Person, die Kolleg*innen öffentlich anfeindet, diffamiert und mit Ausgrenzung droht, sendet ein falsche Signal in einer Zeit, in der ein kollegialer Austausch auch über politischen Dissens hinweg dringend notwendig ist.

Wir weisen zudem erneut daraufhin, dass der Offene Brief - wie jegliche Meinung - diskutabel ist, aber dass dieser sich in seiner Argumentation auf verfassungsrechtliche Bedenken und Fragen der Meinungsfreiheit stützt. Ebensolche Bedenken führten letztendlich auch zum Rückzug der Antidiskriminierungsklausel.[2] Als Arbeitsgruppe, die sich aus dem Offenen Brief gegründet hat, plädieren wir für ein inklusives Vorgehen, Austausch und Offenheit. Wir verwahren uns gegen den Vorwurf des Israel-Hasses und dem angeblichen Desinteresse am Schutze jüdischen Lebens in Deutschland, der sich nur mit äußerst böseartig unterstellendem Willen aus dem Brief herauslesen läßt. Hass und Kritik sind nicht das Gleiche – eine Unterscheidung, die wichtig ist, besonders in einem Klima in dem der Vorwurf des Antisemitismus schnell zur Hand ist. Die in dem Brief geäußerte Befürchtung von „Ausladungen und Absagen von Veranstaltungen mit israel-kritischen Kulturarbeit*innen“ ist mit der Berufung [REDACTED] sehr konkret geworden. Wir fordern Sie deshalb dringend dazu auf, [REDACTED] aus der oben genannten Jury zu entlassen.

Wir bitten Sie freundlich, uns den Eingang dieses Schreibens zu bestätigen und uns wissen zu lassen, welche Konsequenzen Sie aus den geteilten Informationen ziehen werden.

Vielen Dank und beste Grüße,

Arbeitsgruppe
openletterberlinculture

Fußnoten:

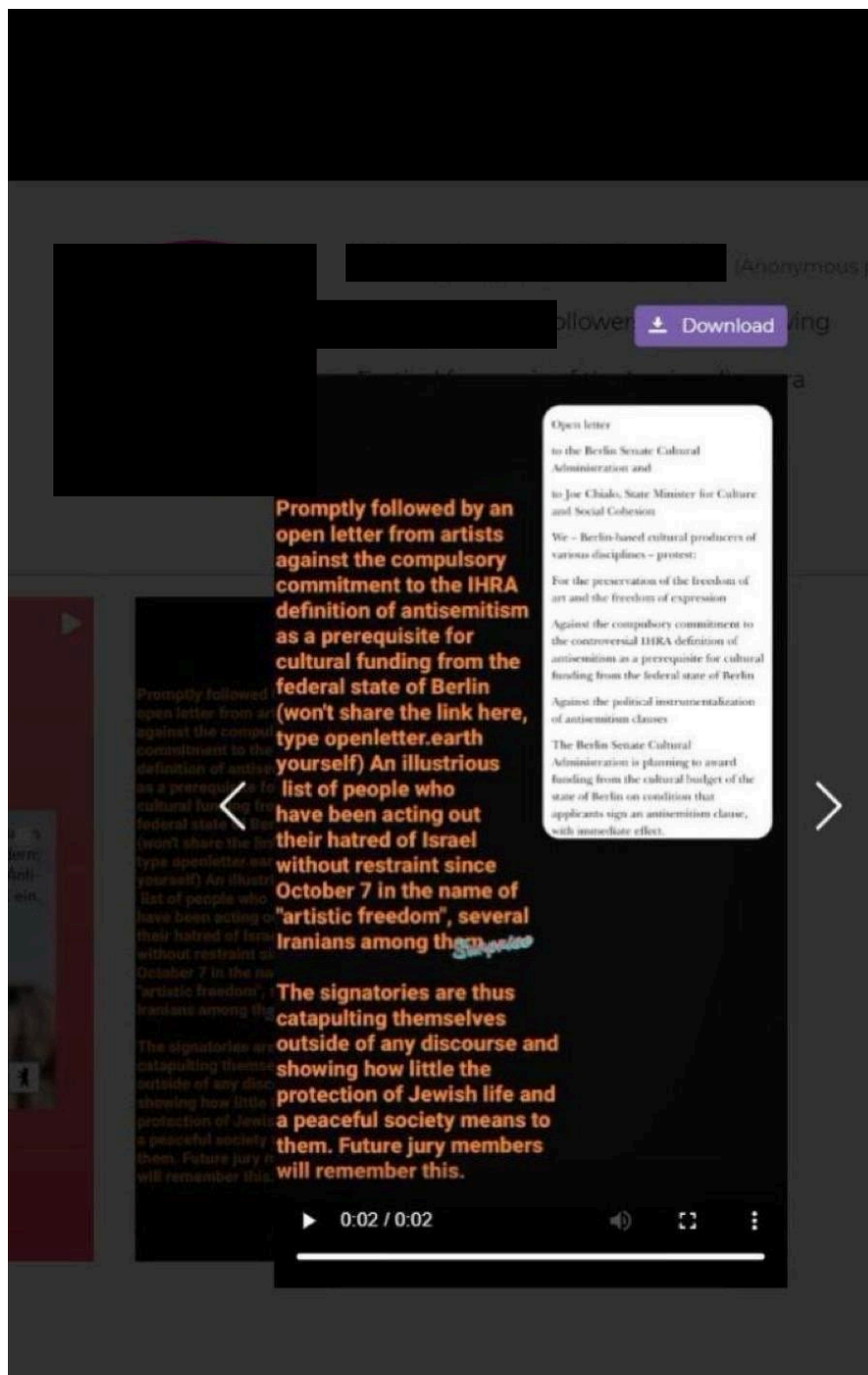
[1] [REDACTED] ist der offizielle Instagram-Account des von [REDACTED] gegründeten und geleiteten gleichnamigen Festivals 'für Musik der iranischen Diaspora'.

Einige der in ihren Posts angeklagten Künstler*innen hatte sie selbst zuvor zu diesem Festival eingeladen.

[2] Die Rechtsgutachten hierzu wurden von der Senatskulturverwaltung öffentlich zugänglich gemacht. Einer sachlichen Debatte zur Problematik der fehlenden Bestimmtheit der Klausel steht nichts im Weg.

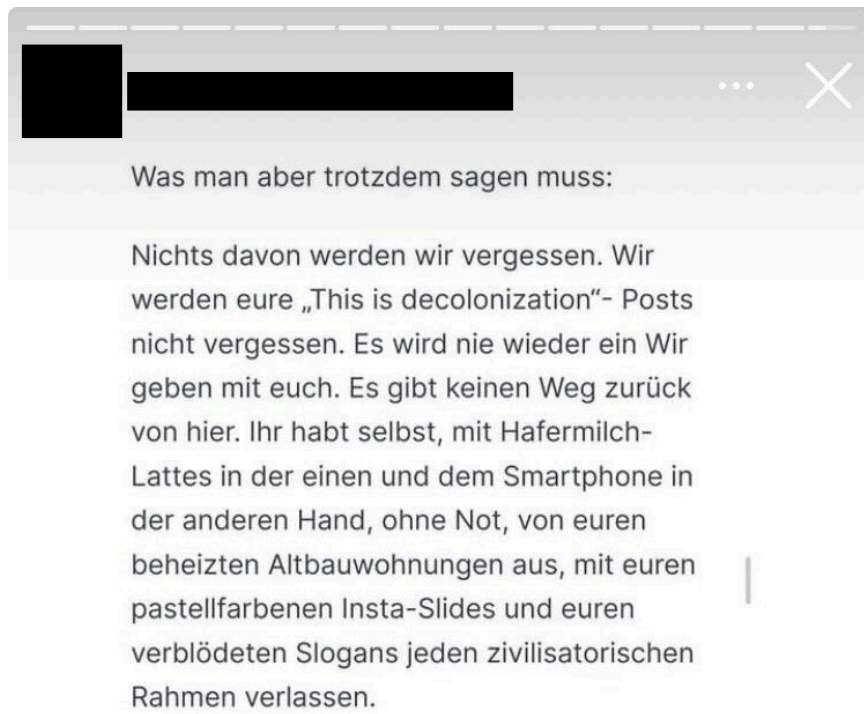
<https://fragdenstaat.de/en/request/juristische-einschaetzung-zur-antisemitismus-antidiskriminierungsklausel/#message-881059>

Screenshots der Posts/ Stories von [REDACTED]:





* Für die Veröffentlichung auf der Homepage, wurde die Namensliste im Post nachträglich zensiert.



Indeed, there's no way back.
I will consequently report
antisemitic artists, wherever I
can. And I mean it.
Far more important to me than
what you've left of Woman Life
Freedom.